

Kassel, 26. September 2013

Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung

Entziehung Zuständigkeit Ordnungsamt

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.996 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Kieselbach

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Mit Entrüstung und Bestürzung über die katastrophalen Zustände im Ordnungsamt der Stadt Kassel nimmt die Stadtverordnetenversammlung das Urteil des Amtsgerichts Kassel vom 28.06.2013 zur Kenntnis.

Die Stadtverordnetenversammlung rügt die gerichtlich festgestellten Organisationsmängel und Personaldefizite im Dezernatsbereich von Bürgermeister Kaiser.

Oberbürgermeister und Magistrat werden aufgefordert, sämtliche Vorkommnisse und Punkte rückhaltlos aufzuklären und der Stadtverordnetenversammlung einen detaillierten Bericht zu erstatten.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, Bürgermeister Jürgen Kaiser im Wege der Dezernatsverteilung wegen Überforderung und Pflichtverletzung die Zuständigkeit für das Ordnungsamt zu entziehen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 bis 3 des Antrages der CDU-Fraktion betr. Entziehung Zuständigkeit Ordnungsamt, 101.17.996, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke
Enthaltung: FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 4 des Antrages der CDU-Fraktion betr. Entziehung Zuständigkeit
Ordnungsamt, 101.17.996, wird **abgelehnt**.

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Andrea Herschelmann
Schriftführerin